

newsletter

verbraucherpolitik eu aktuell

Inhaltsverzeichnis

Allgemeine EU-Verbraucherpolitik	1
Bauen / Energie / Umwelt / Verkehr	2
Finanzdienstleistungen	3
Gesundheit / Ernährung	4
Telekommunikation / Medien / Internet	7
Wirtschaftsfragen / Wettbewerb	7
Terminvorschau	8

Allgemeine EU-Verbraucherpolitik

1. Programm des EU-Ministerrats für das erste Halbjahr 2014

Im ersten Halbjahr 2014 obliegt die Leitung der Sitzungen des EU-Ministerrats Griechenland. Der Ministerrat ist neben dem Europäischen Parlament Gesetzgebungsorgan. Das vorsitzführende Land kann im Ministerrat Schwerpunkte setzen. Griechenland hat hierzu am 8. Januar 2014 sein Programm vorgelegt. Für Griechenland stehen eindeutig Maßnahmen zur Bewältigung der Finanz- und Wirtschaftskrise im Vordergrund. Vorrangig ist die Annahme der noch offenen Rechtsakte zur Bankenunion. Besonderes Augenmerk gilt auch der wirtschaftspolitischen Koordination und der Vertiefung der Wirtschafts- und Währungsunion. Wegen der im Mai 2014 statt findenden Wahlen zum Europäischen Parlament müssen laufende Gesetzgebungsverfahren mit dem Europäischen Parlament bis Mitte April beendet werden.

In der Verbraucherpolitik möchte die griechische Ratspräsidentschaft eine Einigung zu den Rechtsakten zur Produktsicherheit und zur Marktüberwachung erzielen. Fortgeführt werden die Arbeiten an der Re-

form des Pakets zu Pauschal- und Bausteinreisen. Möglich erscheint ein Abschluss der Arbeiten an einer Verordnung zur Einführung des „Europäischen Beschlusses zur vorläufigen Kontopfändung im Hinblick auf die Erleichterung grenzüberschreitender Eintreibung von Forderungen in Zivil- und Handessachen“. Vorangetrieben werden sollen auch der Verordnungsvorschlag für ein gemeinsames Europäisches Kaufrecht und die Überarbeitung der Fluggastrechteverordnung. Auch das Verfahren zur Annahme der „Richtlinie über die kollektive Wahrnehmung von Urheber- sowie verwandten Schutzrechten“ soll noch vor den Europawahlen im Mai 2014 abgeschlossen werden. Außerdem möchte Griechenland eine grundsätzliche Debatte zum Urheberrecht anstoßen.

Zum Vorschlag der EU-Kommission über Maßnahmen zum europäischen Binnenmarkt für Telekommunikation, bei der es um die Abschaffung der Roaminggebühren für grenzüberschreitenden Mobilfunk und den Erhalt der Netzneutralität im Internet geht, wird eine Einigung über eine Verhandlungsposition des EU-Ministerrats angestrebt. Auf dieser Grundlage könnten dann Gespräche mit dem Europäischen Parlament geführt werden. Weitere Themen im Bereich Telekommunikation und Medien sind der barrierefreie Zugang zu den Websites öffentlicher Stellen und die Förderung der Sicherheit des Internets.

verbraucherpolitik eu aktuell erscheint alle zwei Wochen. Der Newsletter gibt Ihnen einen Überblick über aktuelle Termine und relevante verbraucherpolitische Aktivitäten und Vorhaben in der Gesetzgebung der EU.

*Berichtszeitraum
6. bis 19. Januar 2014*

Impressum

*Verbraucherzentrale Bundesverband e.V.
Markgrafenstraße 66
10969 Berlin*

*Referentin Internationales
Maren Osterloh M.A.
eu-internationales@vzbv.de*

Anregungen zum Newsletter nehmen wir gerne entgegen.

Fortgesetzt werden außerdem die Arbeiten zum Legislativpaket zur Tier- und Pflanzengesundheit sowie zur Absatzförderung von landwirtschaftlichen Erzeugnissen. Im März 2014 soll die Beratung der bis dahin erwarteten Vorschläge zur Ökoverordnung aufgenommen werden. Außerdem soll über weitere Maßnahmen im Milchsektor gesprochen werden. Die ins Stocken geratenen Verhandlungen zur Anbauzulassung neuer Genpflanzen werden nicht wieder eröffnet.

Griechenland wird auch die Vollendung des Energiebinnenmarkts im Auge behalten, insbesondere die Energiepreise und die Berücksichtigung schutzbedürftiger Stromverbraucher.

http://gr2014.eu/sites/default/files/gr%20pres%20programme_toliko_7.1.2014_0.pdf

2. Europäisches Parlament billigt Verbraucherprogramm 2014-2020

Das Europäische Parlament stimmte am 14. Januar 2014, nach informeller Einigung mit dem EU-Ministerrat, dem Vorschlag für eine Verordnung über ein Verbraucherprogramm 2014–2020 zu. Der EU-Ministerrat muss die Verordnung noch verabschieden. Dies gilt jedoch als Formsache.

Der Vorschlag zielt darauf ab, einen Rahmen für die Finanzierung der Maßnahmen der Europäischen Union im Bereich der Verbraucherpolitik im Zeitraum 2014–2020 festzulegen. Er sieht Mittel in Höhe von 188 829 000 Euro vor. Diese Mittel sind inflationssindiziert.

Gesamtziel des Programms ist es, „im Rahmen einer Gesamtstrategie für intelligentes, nachhaltiges und inklusives Wachstum einen hohen Verbraucherschutz zu gewährleisten, die Handlungskompetenz der Verbraucher zu stärken und den Verbraucher in den Mittelpunkt des Binnenmarkts zu stellen. In diesem Sinne wird das Programm einen Beitrag zum Schutz der Interessen der Verbraucher in den Bereichen Gesundheit, Sicherheit und ihrer rechtlichen und wirtschaftlichen Interessen, sowie zur Förderung ihres Rechts auf Information, auf Bildung sowie dazu, sich zur Wahrung ihrer Interessen zu organisieren, leisten

und die Einbeziehung von Verbraucherinteressen in andere Politikbereiche unterstützen. Mit dem Programm werden die Maßnahmen der Mitgliedstaaten ergänzt, unterstützt und begleitet.“

Dieses Programm beinhaltet insbesondere die Förderung von Maßnahmen zur Überwachung der Produktsicherheit, zur Analyse von Verbrauchermärkten, zur Förderung von Bildungsmaßnahmen und zur besseren Durchsetzung der Rechte der Verbraucher. Außerdem werden europäische Verbraucherverbände unterstützt.

<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//TEXT+TA+P7-TA-2014-0005+0+DOC+XML+V0//DE&language=DE>

Bauen / Energie / Umwelt / Verkehr

1. Europaabgeordnete fordern ehrgeizige Strategie gegen Plastikmüll

In ihrer Entschliebung vom 14. Januar 2014 fordern die Abgeordneten des Europäischen Parlaments ein Verbot der gefährlichsten Plastikprodukte und bestimmter Plastiktüten ab 2020, als Teil einer europäischen Strategie zur Verringerung von Kunststoffabfällen in der Umwelt. Die Abgeordneten fordern die EU-Kommission dazu auf, vor Ende des Jahres 2014 Vorschläge vorzulegen, um die Deponierung von recyclingfähigen und verwertbaren Abfällen bis 2020 schrittweise zurückzuführen und abzuschaffen sowie geeignete Maßnahmen gegen das Verbrennen solcher Kunststoffe einzuführen. Sie fordern nachdrücklich, dass Plastikmüll nur dann zur energetischen Verwertung genutzt werden darf, wenn alle sonstigen Möglichkeiten ausgeschöpft wurden.

http://www.europarl.europa.eu/pdfs/news/expert/info-press/20140110IPR32385/20140110IPR32385_de.pdf

<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//TEXT+TA+P7-TA->

2014-0016+0+DOC+XML+V0//DE&language=DE

2. Europaabgeordnete lehnen Anbau von Genmais 1507 ab

Das Europäische Parlament hat am 16. Januar 2014 die EU-Kommission aufgefordert, den genetisch veränderten Mais 1507 des US-Herstellers Dupont Pioneer nicht zuzulassen. Die insektenresistente Maissorte sei gefährlich für Schmetterlinge und Motten.

<http://www.europarl.europa.eu/news/de/news-room/content/20140115STO32707/html/EU-Abgeordnete-stimmen-gegen-Anbau-von-Genetik-Mais-1507>

<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//TEXT+TA+P7-TA-2014-0036+0+DOC+XML+V0//DE&language=DE>

3. EU-Kommission lehnt Rabatte für Inländer bei Maut-Plänen ab

EU-Verkehrskommissar Siim Kallas hat sich am 6. Januar 2014 skeptisch zu Maut-Plänen von Bundesverkehrsminister Alexander Dobrindt geäußert. Es dürfe keine kostenlosen Vignetten oder auch Rabatte allein für in Deutschland registrierte Autos geben. Ein gewisses Maß an Differenzierung anhand der Emissionsklassen wäre möglich. Dies müsste aber für alle Autos gelten, unabhängig davon, in welchem Land sie zugelassen sind. Kallas bezog sich auf Berichte wonach die geplanten neuen Mautkosten von etwa 100 Euro pro Jahr per Jahres-Vignette grundsätzlich für inländische Autofahrer über eine entsprechend niedrigere Kfz-Steuer ausgeglichen würden. In Fällen, in denen das nicht gelinge, sei eine Doppellösung aus Maut-Rabatt plus geringerer Kfz-Steuer im Gespräch.

http://ec.europa.eu/deutschland/press/pr_releases/11963_de.htm

<http://www.faz.net/aktuell/politik/geplante-pkw-maut-eu-kommissar-keine-rabatte-fuer-inlaender-12740355.html>

Finanzdienstleistungen

1. Schärfere Regulierung der Finanzmärkte – Enttäuschung beim Verbraucherschutz

In der Nacht zum 15. Januar 2014 haben sich die Unterhändler des Europäischen Parlaments, des EU-Ministerrats und der EU-Kommission auf eine schärfere Regulierung der Finanzmärkte geeinigt. Durch die neue Finanzmarktrichtlinie (MIFID II) sollen ab 2017 Exzesse an den Finanzmärkten verhindert werden. Ein Kernstück der Reform ist die Schaffung einer neuen Marktplattform („organisierte Handelsfazilitäten“, OTF). Alle bisherigen börsenähnlichen Handelsplätze werden aufgelöst. Derzeit haben die Aufsichtsbehörden wenig Möglichkeiten, gegen Risiken auf inoffiziellen Handelsplattformen vorzugehen. Dieses Problem der unregulierten Märkte wird damit teilweise gelöst. Die OTF sollen zum Handel von festverzinslichen Wertpapieren, Emissionszertifikaten und strukturierten Finanzprodukten erlaubt sein, nicht jedoch für Aktien. EU-Kommissar Michel Barnier bedauerte jedoch, dass sich für die OTF keine genauso strenge Überwachung wie für Börsen durchsetzen ließ.

Neue Regeln gibt es auch für den Hochfrequenzhandel. Der algorithmische, automatisch von Computern ausgeführte Handel verschiebt in Millisekunden Milliarden und kann im Zweifelsfall Börsen zum Absturz bringen. Algorithmen müssen in Zukunft vorab geprüft werden. Bei zu starken Preisschwankungen wird der Handel in Zukunft automatisch unterbrochen.

Erstmals wird auch die Spekulation mit Nahrungsmitteln beschränkt. Für reine Finanzhändler wird die Europäische Wertpapierbehörde (ESMA) in Zukunft sogenannte Positionslimits für Lebensmittelspekulationen festlegen.

Für Verbraucher besonders wichtig ist, dass künftig bei der persönlichen Beratung in der Bankfiliale mit einem schriftlichen Protokoll und bei der Telefonberatung durch Aufzeichnung dokumentiert werden muss, warum ein Finanzprodukt empfohlen wurde und wie risikobereit der Kunde ist. „Damit stellen wir sicher, dass den Kunden ausschließlich solche Anlageprodukte

empfohlen werden, die zu ihnen passen", fasst der Berichterstatter des Europäischen Parlaments, Markus Ferber (CSU) das Ziel der Neuregelung zusammen. Provisionen müssen offen gelegt werden, bleiben aber erlaubt. Aus vzbv-Sicht schützt dies nicht ausreichend von Interessenkonflikten bei den Beratern –und somit nicht vor Falschberatung von Verbrauchern. Bei der Umsetzung steht es Mitgliedstaaten jedoch frei, ein Provisionsverbot in ihrem Land einzuführen, so wie dies bereits in Dänemark und Großbritannien der Fall ist.

Ein endgültiger Text liegt noch nicht vor. Die technischen Details der Neuregelungen müssen noch in Expertengruppen geklärt werden. Einer baldigen Verabschiedung durch das Europäische Parlament und durch den EU-Ministerrat steht dann nichts mehr im Wege.

http://ec.europa.eu/deutschland/press/pr_releases/11972_de.htm

http://europa.eu/rapid/press-release_MEMO-14-15_en.htm?locale=en (PM Kommission)

http://www.europarl.europa.eu/pdfs/news/expert/info_press/20140110IPR32414/20140110IPR32414_en.pdf (EP)

http://www.markus-ferber.de/verschiedenes/presse-aktuell-single-view/?tx_ttnews%5Btt_news%5D=2024&cHash=46c671b463d52baea553ede2a83b77c6 (PM Ferber)

2. Kommission verlängert Übergangsfrist für SEPA-Zahlungen um sechs Monate

Die im Jahr 2012 verabschiedete SEPA Verordnung soll einen europäischen Binnenmarkt für Massenzahlungen schaffen. In der Verordnung wurde der 1. Februar 2014 als Termin festgesetzt, ab dem sämtliche Überweisungen und Lastschriftverfahren in Euro nur noch in einem Format erfolgen sollten, nämlich als SEPA-Überweisungen und SEPA-Lastschriften. Dies beinhaltet den Gebrauch der 22-stelligen Kontonummer (IBAN) und der BIC-Angabe des Kreditinstituts (8 oder 11 Stellen). Verbraucher sind davon allerdings nur mittelbar betroffen. Deren Zahlungsvorgänge sind von

den Banken noch bis zum 1. Februar 2016 auch ohne Beachtung der SEPA-Vorgaben zu bearbeiten.

Die EU-Kommission schlug am 9. Januar 2014 eine Änderung der SEPA-Verordnung vor. Nach dieser Änderung sollen Zahlungen noch bis zum 1. August 2014 in einem anderen als dem SEPA-Format akzeptiert werden können. Dies kommt insbesondere Unternehmen und Vereinen entgegen.

EU-Kommissar Michel Barnier sagte dazu: „Trotz der großen Anstrengungen aller Beteiligten ist die Migration bei Überweisungen und Lastschriften aktuell noch nicht weit genug fortgeschritten, um einen reibungslosen Übergang zu SEPA zu gewährleisten. Deshalb schlage ich einen zusätzlichen Übergangszeitraum von sechs Monaten für Zahlungsdienstnutzer vor, die noch nicht migriert sind. Ich bedaure sehr, dass dies nötig ist, aber es ist eine Vorsichtsmaßnahme, um einer möglichen Gefahr von Zahlungsunterbrechungen und eventuellen Folgen für einzelne Verbraucher [...] vorzubeugen.“

Die Änderung der Verordnung erfordert die Zustimmung durch das Europäische Parlament und durch den EU-Ministerrat. Die EU-Kommission erwartet, dass diese rückwirkend zum 1. Februar 2014 erfolgt. Banken und Zahlungsdienstleister, die nach diesem Stichtag weiterhin andere Zahlungen, neben SEPA-Zahlungen, bearbeiten, sollten nicht bestraft werden.

http://europa.eu/rapid/press-release_IP-14-6_de.htm?locale=en

http://ec.europa.eu/internal_market/payments/docs/sepa/1401069_proposal_en.pdf

Gesundheit / Ernährung

1. Europaabgeordnete fordern verstärkte Bekämpfung von Lebensmittelbetrug

In ihrer EntschlieÙung vom 14. Januar 2014 fordern die Abgeordneten des Europäischen Parlaments eine EU-weite Definition von Lebensmittelbetrug. Ferner fordern sie

die EU-Kommission auf, das Lebensmittel- und Veterinäramt der Kommission (LVA) zu stärken. Sie fordern ebenfalls die Schaffung eines Netzwerks zur Bekämpfung von Lebensmittelbetrug und schlagen vor, häufiger DNA-Tests zu nutzen, um die falsche Kennzeichnung von Tierfleisch zu vermeiden.

Das Parlament fordert des Weiteren eine verbesserte Überwachung von Tiefkühlprodukten und verlangt von der EU-Kommission, einen Vorschlag für eine verpflichtende Kennzeichnung von Fleisch und Fisch vorzulegen. Es betont, dass die Pflicht zur Angabe des Ursprungslandes die Rückverfolgbarkeit entlang der Lebensmittelkette verbessern kann. Dies gelte auch für Fleisch, das in verarbeiteten Lebensmitteln verwendet wird.

Zu den jüngsten Betrugsfällen zählten die Vermarktung von Pferde- als Rindfleisch, die Vermarktung von mit Phenylbutazon behandeltem Pferdefleisch als essbares Pferdefleisch, die Vermarktung von gewöhnlichem Mehl als Bio-Mehl, von Eiern aus Käfighaltung als Bio-Eier und von Straßensalz als Speisesalz, die Verwendung von mit Methanol verunreinigtem Alkohol in Spirituosen, die Verwendung von mit Dioxin verunreinigten Fetten in der Tierfutterproduktion und die falsche Kennzeichnung von Fischarten und Meeresfrüchteprodukten.

<http://www.europarl.europa.eu/news/de/news-room/content/20140110IPR32326/html/Abgeordnete-fordern-verst%C3%A4rkte-Bek%C3%A4mpfung-von-Lebensmittelbetrug>

<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//TEXT+TA+P7-TA-2014-0011+0+DOC+XML+V0//DE&language=DE>

2. Neue Regeln für aromatisierte Weine

Das Europäische Parlament legte am 14. Januar 2014 seinen Standpunkt zu einer Verordnung über „die Begriffsbestimmung, Bezeichnung, Aufmachung und Etikettierung von aromatisierten Weinerzeugnissen sowie den Schutz geografischer Angaben für aromatisierte Weinerzeugnisse“ fest.

Dieser ist mit dem EU-Ministerrat abgestimmt, sodass die endgültige Verabschiedung durch den EU-Ministerrat nur noch eine Formsache ist.

Die wichtigsten Ziele des Vorschlags sind eine verbesserte Anwendbarkeit und Klarheit der EU-Rechtsvorschriften über aromatisierte Weinerzeugnisse und die Einführung einer klar definierten Qualitätspolitik für diese Erzeugnisse. Bestimmte Verkehrsbezeichnungen werden im Hinblick auf eine mögliche Steigerung des Weingehalts anstelle des direkten Zusatzes von Alkohol aktualisiert, damit die Verbraucher entsprechend informiert sind und die verwendeten Definitionen dem technischen Fortschritt angepasst werden.

Zu den Klarstellungen gehört, dass als Sangria nur noch ein Wein mit Früchten verkauft werden darf, der in Spanien oder Portugal produziert wurde. Wenn das Erzeugnis in einem anderen Mitgliedstaat hergestellt wurde, kann „Sangría“ oder „Sangria“ nur als Ergänzung zu der Verkehrsbezeichnung „aromatisiertes weinhaltes Getränk“ verwendet werden, sofern dieser Verkehrsbezeichnung die Angabe „hergestellt in ...“, gefolgt vom Namen des Herstellungsmitgliedstaats oder eines kleineren Gebiets, ergänzt wird.

<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//TEXT+TA+P7-TA-2014-0008+0+DOC+XML+V0//DE&language=DE>

3. Keine Klontiere in europäischen Ställen - Unzureichender Entwurf der EU-Kommission zum Umgang mit geklonten Tieren

Die Mehrheit der europäischen Verbraucherinnen und Verbraucher lehnt das Klonen von Tieren für die Lebensmittelerzeugung entschieden ab. „Wir brauchen ein klares Verbot für das Klonen landwirtschaftlicher Nutztiere. Darüber hinaus müssen Verbraucher erkennen können, ob Produkte aus Nachkommen geklonter Tiere verarbeitet wurden. Derzeit ist das nicht der Fall“, sagt Jutta Jaksche, Referentin im Team Lebensmittel des Verbraucherzentrale Bundesverbands (vzbv).

An der Frage, wie mit Lebensmitteln aus geklonten Tieren und deren Nachkommen umzugehen ist, scheiterte 2011 eine Einigung zwischen Europäischer Kommission, Parlament und dem Europäischen Rat zu einer Verordnung, die neuartige Lebensmittel regelt - die sogenannte Novel Food Regulation.

Nun hat die EU-Kommission einen neuen Vorschlag vorgelegt. Zuvor hatte sie eine Machbarkeitsstudie durchführen lassen mit dem Ergebnis, dass eine Kennzeichnung des Fleisches der ersten Nachkommengeneration von Rindern möglich und finanzierbar sei. Lediglich für Milch und Milchprodukte hielt die EU-Kommission die Kennzeichnung geklonter Tiere für zu kostspielig und unangemessen. Umso verwunderlicher ist es, dass die Kommission nun generell keine Kennzeichnung für Nachkommen geklonter Tiere vorsehen will, so Jutta Jaksche. Dies könnte ebenfalls in Zusammenhang mit dem aktuell verhandelten Freihandels- und Investitionsabkommen (TTIP) stehen.

„Das Thema Klonen bei Tieren ist für die meisten Menschen ein ethisches Thema. Abgelehnt wird diese Technik zum Einsatz von Lebensmitteln, weil Tierleid nicht ausgeschlossen werden kann und die industrielle Landwirtschaft weiter vorangetrieben wird. Ein transparentes System zur Kennzeichnung ist eine Mindestvoraussetzung für alle Produkte“, so Jutta Jaksche.

Des Weiteren müsse zukünftig eine genaue Rückverfolgung importierter Samen und Embryos von geklonten Tieren ebenso wie für Tiere, die in Drittländern als Nachkommen geklonter Tiere geboren wurden, sichergestellt werden.

<http://www.vzbv.de/12670.htm>

http://ec.europa.eu/deutschland/press/pr_releases/11958_de.htm

http://trade.ec.europa.eu/doclib/docs/2013/december/tradoc_152030.pdf

4. Vermarktung von Honig mit Genpollen

Das Europäische Parlament legte am 15. Januar 2014 seinen Standpunkt zur Deklaration von Honig fest, der Pollen aus Genpflanzen enthält. Hintergrund ist das Urteil des Europäischen Gerichtshofes vom September 2011 im Fall des deutschen Imkers Bablok, dessen Honig Pollen von Genmais aus einem Versuchsgut enthielt. Nach diesem Urteil war der Honig nach geltendem Recht nicht verkehrsfähig. Die EU-Kommission schlug daraufhin eine Klarstellung vor, wonach Pollen ein natürlicher Bestandteil von Honig ist. Dies bedeutet, dass Genpollen nur dann deklariert werden muss, wenn er mehr als 0.9 Prozent des Honigs ausmacht. Pollen macht jedoch nicht mehr als 0.5 Prozent im Honig aus, so dass eine Vermarktung ohne Deklaration des Genanteils möglich ist.

Der Umweltausschuss des Europäischen Parlaments lehnte diese Einstufung ab und beschloss stattdessen eine Charakterisierung als nicht natürlicher Inhaltsstoff. Dies würde bedeuten, dass der Genpollenanteil mit der Schwelle von 0.9 Prozent in Bezug auf den Gehalt an Pollen bestimmt werden müsste. Das Plenum des Europäischen Parlaments hat sich über dieses Votum des Ausschusses hinweggesetzt und beschlossen, mit dem EU-Ministerrat auf der Basis des Vorschlags der EU-Kommission Gespräche über eine Einigung zu führen.

<http://www.europarl.europa.eu/news/de/news-room/content/20140110IPR32407/html/Parliament-clarifies-labelling-rules-for-honey-if-contaminated-by-GM-pollen>

5. Anerkennung der Qualität von Dithmarscher Kohl

Der Weiß- und Rotkohl aus dem Landkreis Dithmarschen an der Westküste Schleswig-Holsteins wird in das EU-Qualitätsregister für landwirtschaftliche Produkte aufgenommen. Er erhält das Gütezeichen "g.g.A.", geschützte geographische Angabe.

http://ec.europa.eu/deutschland/press/pr_releases/11971_de.htm

6. Aktionsplan für elektronische Gesundheitsdienste 2012–2020

Das Europäische Parlament unterstützte am 14. Januar 2014 den „Aktionsplan für elektronische Gesundheitsdienste 2012–2020: innovative Gesundheitsfürsorge im 21. Jahrhundert“. Mit diesem Aktionsplan will die EU-Kommission Hindernisse angehen, die den vollen Einsatz digitaler Lösungen in den europäischen Gesundheitssystemen behindern. Ziel ist es, Patienten medizinisch besser zu versorgen, ihnen mehr Kontrolle über ihre Gesundheitsfürsorge zu geben und die Kosten zu verringern. Hierzu gehört eine bessere Aufklärung der Patienten und der Angehörigen der Gesundheitsberufe dank telemedizinischer Lösungen.

<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//TEXT+TA+P7-TA-2014-0010+0+DOC+XML+V0//DE&language=DE>

Telekommunikation / Medien / Internet

1. Deutschland muss sein Breitbandpotenzial besser ausschöpfen

EU-Kommissionsvizepräsidentin Neelie Kroes hat bei ihrem Besuch in Berlin am 15. Januar 2014 die deutschen Breitbandpläne gelobt. Sie sei erfreut, dass die Bundesregierung den Breitbandausbau zu einer Priorität erklärt habe. „Deutschland hat ein einzigartiges Potential, aber es gibt immer noch Raum, um nachzubessern.“ Als Beispiele nannte sie unter anderem die mögliche Nutzung von EU-Fördermitteln für die Breitbandabdeckung in den ländlichen Gebieten und die noch unzureichend genutzte 4G-Breitbandabdeckung. „Die Pläne der Bundesregierung für die digitale Wirtschaft und Gesellschaft können Realität werden“, sagte Kroes. „Aber es liegt noch viel Arbeit vor uns: Wir müssen gemeinsam sicherstellen, dass unsere Gesetze dem aktuellen Stand der Technologie entsprechen und dass weder Unternehmen noch Verbraucher in einem

fragmentierten Markt zurückgelassen werden.“

http://ec.europa.eu/deutschland/press/pr_releases/11973_de.htm

2. EU-Kommission prüft Abschottung nationaler Märkte im Bezahlfernsehen

Die EU-Kommission hat am 13. Januar 2014 ein förmliches Kartellverfahren eingeleitet, um bestimmte Bestimmungen in Lizenzvereinbarungen zwischen großen US-Filmstudios wie Twentieth Century Fox, Warner Bros., Sony, NBCUniversal, Paramount und den größten europäischen Pay-TV-Sendern wie BSkyB (Großbritannien), Canal+ (Frankreich), Sky Italia, Sky Deutschland und DTS (Spanien) zu prüfen. Die EU-Kommission wird insbesondere untersuchen, ob diese Bestimmungen die Sender daran hindern, ihre Dienstleistungen grenzüberschreitend anzubieten. Wettbewerbskommissar Joaquín Almunia stellte klar, dass die Kommission von den US-Filmstudios nicht verlange, pan-europäische Lizenzen zu vergeben. Es sei aber zu hinterfragen, warum zum Beispiel ein Kunde eines deutschen Bezahlfernsehanbieters Filme und Serien nur zuhause anschauen könne, nicht aber im Urlaub etwa in Italien.

http://europa.eu/rapid/press-release_IP-14-15_de.htm

Wirtschaftsfragen / Wettbewerb

1. Zinsniveau verbleibt noch längere Zeit auf Rekordtief

Der Rat der Europäischen Zentralbank (EZB) beließ am 9. Januar 2014 wie erwartet den Leitzins bei 0,25 Prozent. Zu diesem Zinssatz oder eventuell einem noch niedrigeren Satz erhalten die Banken mindestens bis Mitte 2015 unbegrenzt Liquidität. EZB-Präsident Mario Draghi begründete die Entscheidung wie schon im Vormonat mit schwacher Wirtschaftsentwicklung und mittelfristig geringer Inflation. Im Dezember 2013 habe die Inflationsrate im Euroraum 0,8 Prozent betragen, nach 0,9 Prozent im

November. Die Leitzinsen würden „für längere Zeit auf dem aktuellen oder einem noch niedrigeren Niveau verbleiben“, erklärte Draghi.

http://www.bundesbank.de/Redaktion/DE/Downloads/Presse/EZB_Pressemitteilungen/2014/2014_01_09_pressekonferenz.pdf?__blob=publicationFile

2. Mehr Falschgeld in Europa – geringeres Falschgeldaufkommen in Deutschland

Nach Mitteilung der Europäischen Zentralbank (EZB) wurden in der zweiten Jahreshälfte weltweit insgesamt 353 000 gefälschte Euro-Banknoten aus dem Verkehr gezogen; gegenüber dem ersten Halbjahr stellt dies einen Anstieg von 11,4 Prozent dar. Gemessen an der Anzahl der echten Banknoten, die im selben Zeitraum im Umlauf waren (mehr als 15 Milliarden) ist der Anteil der Fälschungen allerdings nach wie vor sehr gering. In Deutschland registrierte die Bundesbank im Jahr 2013 rund 39.000 falsche Euro-Banknoten im Nennwert von 2,1 Millionen Euro. Die Zahl der Fälschungen sank gegenüber dem Vorjahr (41.500) um rund 6 Prozent.

http://www.bundesbank.de/Redaktion/DE/Downloads/Presse/EZB_Pressemitteilungen/2014/2014_01_13_ezb_falschgeld.pdf?__blob=publicationFile

http://www.bundesbank.de/Redaktion/DE/Downloads/Presse/EZB_Pressemitteilungen/2014/2014_01_13_ezb_falschgeld.pdf?__blob=publicationFile

3. Knopf im Ohr nicht als Markenzeichen anerkannt

Das Europäische Gericht bestätigte, dass der vom deutschen Stofftierhersteller Steiff am Ohr eines Stofftiers angebrachte Knopf nicht als europäische Marke eingetragen werden kann. Dem Knopf fehle die Unterscheidungskraft, da er dem europäischen Durchschnittsverbraucher nicht erlaube, die betriebliche Herkunft des Stofftiers zu erkennen.

<http://curia.europa.eu/jcms/upload/docs/application/pdf/2014-01/cp140005de.pdf>

<http://curia.europa.eu/juris/document/document.jsf?text=&docid=146427&pageIndex=0&doclang=de&mode=lst&dir=&occ=first&part=1&cid=157223>

Terminvorschau

Rat

Ratsarbeitsgruppe „Luftverkehr“ (20. Januar 2014)

Lärmbeschränkungen auf Flugplätzen.

Ratsarbeitsgruppe „Informationsaustausch und Datenschutz“ (20./21. Januar 2014)

Datenschutz-Grundverordnung.

Ratsarbeitsgruppe „Transatlantische Beziehungen“ (21. Januar 2014)

Freihandelsabkommen mit den USA; Beziehungen mit den USA im Bereich Justiz und Inneres.

Ratsarbeitsgruppe „Telekommunikation und Informationsgesellschaft“ (21. Januar 2014)

Elektronische Signatur und geschützte Dienste für elektronische Kommunikation im Binnenmarkt.

Rat Wirtschaft und Finanzen – Ecofin (28. Januar 2014)

Aussprache über Arbeitsprogramm der Präsidentschaft; Umsetzung der gemeinsamen Bankenaufsicht (Bericht der EZB).

Europäisches Parlament

Ausschuss für Verkehr und Fremdenverkehr (20./21. Januar 2014)

Aussprache mit den griechischen Ministern Miltiadis Varvitsiotis (Minister für Schifffahrt, maritime Angelegenheiten und die Ägäis) und Michalis Papadopoulos (stellvertretender Minister für Infrastruktur, Verkehr und Netze); Pauschal- und Bausteinreisen;

Verwirklichung des einheitlichen europäischen Luftraums (Neufassung); Feedback zum Trilog über Einsatz alternativer Kraftstoffe.

Ausschuss für Kultur und Bildung (20./21. Januar 2014)

Erläuterung der Prioritäten des griechischen Ratsvorsitzes: Aussprache mit: Herrn Arvanitopoulos, Minister für Bildung und Glaubensgemeinschaften, Herrn Panayiotopoulos, Minister für Kultur und Sport, Herrn Kedikoglou, stellvertretender Ministerpräsident und Regierungssprecher, zuständig für Medien; Europäischer Binnenmarkt der elektronischen Kommunikation; Vorbereitungen auf eine vollständige Konvergenz der audiovisuellen Welt.

Rechtsausschuss (20./21. Januar 2014)

Aussprache mit Charalampos Athanassiou, Minister der Justiz, für Transparenz und Menschenrechte, zu den Prioritäten des griechischen Ratsvorsitzes; Abgaben für Privatkopien; Vorschriften für Schadensersatzklagen nach einzelstaatlichem Recht wegen Zuwiderhandlungen gegen wettbewerbsrechtliche Bestimmungen der Mitgliedstaaten und der EU; Pauschal- und Bausteinreisen; Angleichung der Rechts- und Verwaltungsvorschriften der Mitgliedstaaten über die Herstellung, die Aufmachung und den Verkauf von Tabakerzeugnissen und verwandten Erzeugnissen.

Ausschuss für bürgerliche Freiheiten, Justiz und Inneres (21.-13. Januar 2014)

Erläuterung der Prioritäten des griechischen Ratsvorsitzes im Bereich Justiz und Inneres, Aussprache mit Charalampos Athanassiou, Minister für Justiz, Transparenz und Menschenrechte, Ioannis Michelakis, Innenminister und Nikolaos Dendias, Minister für öffentliche Ordnung und Bürgerschutz; Untersuchung des LIBE-Ausschusses zu elektronischer Massenüberwachung von EU-Bürgern: Aussprache über das russische System zum Abhören des Nachrichtenverkehrs (SORM), Erläuterung durch Andrei Soldatow, Enthüllungsjournalist, Redakteur bei Agentura.ru (per Videokonferenz, 22. Januar 2014, noch zu bestätigen); Psychoaktive Substanzen; Registrierungsprogramm für Reisende

Ausschuss für Landwirtschaft und ländliche Entwicklung (21. Januar 2014)

Aussprache mit Athanasios S. Tsiftaris, Minister für ländliche Entwicklung und Lebensmittel, amtierender Ratsvorsitzender, zu den Prioritäten des griechischen Ratsvorsitzes; Kontrollen und Tätigkeiten zur Gewährleistung der Anwendung des Lebens- und Futtermittelrechts, der Vorschriften über Tiergesundheit und Tierschutz, Pflanzengesundheit, Pflanzenvermehrungsmaterial und Pflanzenschutzmittel.

Fischereiausschuss (22./23. Januar 2014)

Aussprache mit Athanasios Tsiftaris, Minister für Entwicklung des ländlichen Raums und Ernährung, amtierender Präsident des Rates, zu den Prioritäten des griechischen Ratsvorsitzes; Aussprache mit Maria Damanaki, für maritime Angelegenheiten und Fischerei zuständiges Mitglied der Kommission, zur Bekämpfung der illegalen Fischerei; Tiergesundheit.

Ausschuss für Wirtschaft und Währung (22./23. Januar 2014)

Richtlinie über Versicherungsvermittlung (Neufassung); Indizes, die bei Finanzinstrumenten und Finanzkontrakten als Benchmark verwendet werden; Geldmarktfonds

Ausschuss für Umweltfragen, öffentliche Gesundheit und Lebensmittelsicherheit (22./23. Januar 2014)

Aussprache mit den griechischen Ministern Spyridon-Adonis Georgiadis (Gesundheitsminister), Yannis Maniatis (Minister für Umwelt, Energie und Klimawandel) und Athanasios Tsiftaris (Minister für landwirtschaftliche Entwicklung und Ernährung) über das Programm der griechischen Ratspräsidentschaft; Einspruch gegen vorgeschlagenen Durchführungsrechtsakt der EU-Kommission zur Angabe von Ursprungsland oder Herkunftsort von frischem, gekühltem oder gefrorenem Fleisch von Schweinen, Schafen, Ziegen und Geflügel; Klinische Prüfungen mit Humanarzneimitteln; Angleichung der Rechts- und Verwaltungsvorschriften der Mitgliedstaaten über die Herstellung, die Aufmachung und den Verkauf von Tabakerzeugnissen und verwandten Erzeugnissen (Abstimmung über Einigung im Trilog);

Verbringung von Abfällen; Tiergesundheit; Änderung der Richtlinie 94/62/EG über Verpackungen und Verpackungsabfälle im Hinblick auf eine Verringerung der Verwendung von Kunststoffüten.

Ausschuss für Industrie, Forschung und Energie (22./23. Januar 2014)

Aussprache mit den griechischen Ministern Michalis Chrisochoidis (Minister für Infrastruktur, Verkehr und Netze), Giannis Maniatis (Minister für Umwelt, Energie und Klimawandel), Konstantinos Arvanitopoulos, (Minister für Bildung und Religionsangelegenheiten) und Kostis Hatzidakis (Minister für Entwicklung und Wettbewerbsfähigkeit) über das Programm der griechischen Ratspräsidentschaft; Europäischer Binnenmarkt der elektronischen Kommunikation; Indizes, die bei Finanzinstrumenten und Finanzkontrakten als Benchmark verwendet werden; Gemeinsames Unternehmen „Initiative Innovative Arzneimittel“.

Ausschuss für Binnenmarkt und Verbraucherschutz (22./23. Januar 2014)

Vorstellung der Prioritäten des griechischen Ratsvorsitzes durch Kostis Hatzidakis, Minister für Entwicklung, Wettbewerbsfähigkeit, Infrastruktur, Verkehr und Netzwerke; Interbankenentgelte für kartengebundene Zahlvorgänge; Vereinfachung der Überführung von Kraftfahrzeugen, die in einem anderen Mitgliedstaat zugelassen sind, innerhalb des Binnenmarkts; Verbraucherschutz – Schutz der Verbraucher bei Versorgungsleistungen; Europäischer Binnenmarkt der elektronischen Kommunikation; Gewährleistung einer hohen gemeinsamen Netz- und Informationssicherheit; Einführung des bordeigenen eCall-Systems in Fahrzeugen; Pauschal- und Bausteinreisen.

Europäische Kommission

Wöchentliche Kollegiumssitzung (22. Januar 2014)

Leitlinien für eine „Europäische industrielle Renaissance“; Gesetzespaket „Binnenmarkt für Industrieprodukte“ (Verbesserung

der Effektivität und der Umsetzung aktueller Regelungen insbesondere unter den Gesichtspunkten Verbraucherschutz, öffentliche Gesundheit und Umwelt); Rahmenprogramm Energie und Klima 2030.

Nachhaltigkeits-Kampagne „Unzertrennlich“ (27. Januar 2014)

EU-Fischereikommissarin Maria Damanaki lädt in Hamburg zur Eröffnungsveranstaltung der europaweiten Kampagne „Unzertrennlich“. Dabei werden alle Bürger dazu aufgerufen, nur nachhaltigen Fisch zu essen.

Wöchentliche Kollegiumssitzung (29. Januar 2014)

Vorschläge für die Umsetzung eines Trennbankensystems (noch zu bestätigen).

Wirtschafts- und Sozialausschuss

Plenum (21./22. Januar 2014)

Gemeinschaftlicher bzw. partizipativer Konsum: ein Nachhaltigkeitsmodell für das 21. Jahrhundert (Initiativstellungnahme); Indizes, die bei Finanzinstrumenten und Finanzkontrakten als Benchmark verwendet werden; Neue psychoaktive Substanzen; Marktwirtschaftliche Instrumente zur Förderung einer ressourceneffizienten und kohlenstoffarmen Wirtschaft in der EU (Initiativstellungnahme); Nachhaltige Verwendung von Phosphor; Barrierefreiheit als Menschenrecht für Menschen mit Behinderungen und Menschen mit eingeschränkter Mobilität (Initiativstellungnahme); Erreichbarkeit der Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse: Definition, Messung, Herausforderungen, europäische Initiativen (Initiativstellungnahme); Neue Maßnahmen für den Telekommunikationsbinnenmarkt; Schluss mit den Roaminggebühren! (Informationsbericht).

Ausschuss der Regionen

Plenum (30./31. Januar 2014)

Ausführungen von Kommissionspräsident José Manuel Barroso; Ausführungen des griechischen Innenministers Yannis Michelakis über das Programm des griechischen Ratsvorsitzes; Ausführungen von Kommissionsvizepräsident Olli Rehn; Änderung der Verordnung über die Verbringung von Abfällen; Europäischer Binnenmarkt der elektronischen Kommunikation; Gesundheitliche Ungleichheit in der EU; Grünbuch zur EU-Klima- und Energiepolitik bis 2030; Europäische Langfristige Investmentfonds.

Europäischer Gerichtshof

Urteil in der Rechtssache C-270/12 (22. Januar 2014)

Verbot von Leerverkäufen von Finanzprodukten.

Urteil in der Rechtssache C-355/12 (23. Januar 2014)

Verschlüsselung von Spielkonsolen.

Urteil in der Rechtssache C-371/12 (23. Januar 2014)

Umfang der Kfz-Haftpflichtversicherung in Italien.

Schlussanträge in der Rechtssache C-487/12 (23. Januar 2014)

Extragebühr für Fluggepäck.

Newsletter verfasst von Dr. Ekkehard Rohrer,
MPA (Harvard University) – Brüssel

Im Auftrag des Verbraucherzentrale Bundesverbandes (vzbv)